

Deutschland.

Berlin, 5. Dezember. Von einigen Zeitungen werden wohl schon Mittheilungen über den Parlaments-Verfassungs-Entwurf gebracht, und man sollte danach annehmen, daß der Verfassungs-Entwurf bereits definitiv festgestellt sei; daß ist jedoch, wie ich höre, nicht der Fall. Selbstverständlich wird Graf Bismarck den wesentlichsten Antheil an der Ausarbeitung dieses wichtigen Werkes haben, und wenn auch die Mühe des bisherigen ländlichen Aufenthalts nicht selten durch Beschäftigung mit dieser großen Aufgabe unterbrochen worden sein wird, so kann doch jedenfalls erst jetzt, nachdem der Ministerpräsident die Amtsgeschäfte wieder übernommen hat, das Material der Vorarbeiten zum Abschluß gebracht werden. — Die Hesse-Darmstädter Regierung hat endlich auch die Zustimmung zur Konferenz ausgesprochen, und sich zur Abordnung eines Bevollmächtigten bereit erklärt, im Uebrigen ist sie aber, wie ich schon schon meldete, mit den Vorbereitungen zum Parlament noch so weit zurück, daß kaum abzusehen ist, wie sie rechtzeitig das Versäumte nachzuholen im Stande sein wird.

Berlin, 6. Dezember. Der Kronprinz von Dänemark ist heute Morgens auf der Rückreise von Petersburg nach Kopenhagen eingetroffen und wurde bei der Ankunft auf dem niederschlesisch-märkischen Bahnhofe von der dänischen Gesandtschaft, dem Gouverneur Grafen Waldersee, dem Stadt-Kommandanten v. Alvensleben, dem General von Ebel und dem Flügeladjutanten Grafen Lehnhorff, letztere zum Ehrendienst kommandirt, und dem Polizeipräsidenten v. Bernuth empfangen. Der hohe Gast ist mit dem Gefolge im hiesigen Schlosse abgestiegen und bewohnt die früher Prinz Wilhelm'schen Gemächer.

— Gegen das freisprechende Erkenntniß, welches das Königl. Kammergericht in der Untersuchungssache wider den Abgeordneten Twetten wegen seiner im Abgeordnetenhause gehaltenen Rede über das Obertribunal gefällt hat, ist nunmehr Seitens der Staatsanwaltschaft das Rechtsmittel der Nichtigkeit eingelegt und die Rechtsfertigungsschrift dem Angeklagten bereits zugestellt worden.

— Die „Neue Bad. Landesztg.“ bringt aus Darmstadt folgende Aufsehen erregende Mittheilung, deren Bestätigung allerdings noch abzuwarten sein möchte: „Man will seit etlicher Zeit in der süddeutschen Diplomatie eine sehr große Rührigkeit bemerkt haben. Zusammenkünfte sollen wiederholt stattgefunden haben, und ein sehr unterrichteter Mann wagt die positive Behauptung, daß am 29. November hier zu Darmstadt der Südbund zwischen Baiern, Württemberg und Hessen (mit Ausnahme von Oberhessen) zum Abschluß gebracht worden sei. Ob sich diese Behauptung auf eine vorläufige protokollarische Verständigung oder schon auf ein definitives Bündniß beziehe, wagen wir uns nicht zu entscheiden. Wo Baden dabei bleibt, weiß unser Gewährsmann nicht, obgleich er andeutet, daß der Karlsruher Anschluß-Sturm und Drang in Berlin als vollständig „abgeblüht“ zu betrachten sei.“

— „Die Justiz-Verwaltung vor dem Landtage“, so ist ein in der neuesten „Prov.-Corr.“ enthaltener Artikel überschrieben. Es heißt in demselben: Die Verathung über die Einnahmen und Ausgaben der Justizverwaltung wurde von einem Abgeordneten der Fortschrittspartei, von einem Gerichtsassessor Lafer, der sich seit Jahren als demokratischer Wähler bekannt gemacht hat, dazu benutzt, die ungehörlichsten persönlichen Angriffe gegen den Justizminister und seine gesammte Verwaltung zu richten. Alles, was dem mißvergnügten Herrn Assessor an den preussischen Einrichtungen mit Recht oder Unrecht nicht gefällt, daran soll, der jetzige Justiz-Minister Schuld sein: eine neue Prozeß-Ordnung, Hypothek-Ordnung und andere wichtige Gesetze müßten längst erlassen sein, wenn sie der Justiz-Minister nicht liegen gelassen hätte, — ferner an dem budgetlosen Regiment, an der Preßverordnung von 1863, an dem Verträge mit der Köln-Mindener Bahn und Allem, was die Fortschrittspartei vier Jahre lang bekämpft habe, sei vor Allem der Justiz-Minister Schuld, der dem Ministerium sagen mußte, was Rechtens sei. Vollends aber in der Justizverwaltung selber, bei der Anstellung und Beförderung der Justizbeamten sehe der Minister bloß auf die politische Gesinnung, die er durch die Landräthe erforschen lasse, und was dergleichen Behauptungen mehr waren. Der Assessor schloß mit der dreifachen Aufforderung an den Minister: wenn er den Schwierigkeiten seiner Aufgabe in der jetztigen Zeit nicht gewachsen sei, so wäre es besser, daß er sein Amt einem Andern überlasse.

Es gehörte gewiß eine Selbstüberwindung für den Minister dazu, auf einen solchen Angriff von solcher Seite eingehend zu antworten: wenn sich der Minister dazu herbeiließ, so geschah es wohl, um dem Lande zu zeigen, was es mit solchen Anklagen und Behauptungen, welche auch in demokratischen Blättern fort und fort erneuert werden, auf sich hat. Der Minister wies in gemessener, würdiger Rede zunächst nach, daß die Arbeiten der Gesetzgebung im Justiz-Ministerium ohne Unterbrechung und durchaus im Anschlusse an die Vorarbeiten früherer Justiz-Minister (auf welche der Abgeordnete Lafer sich berufen hatte) fortgesetzt werde und zur Vorlage theils bei unserem Landtage, theils beim Parlament des norddeutschen Bundes, falls sie dahin gehören, bereit liegen. Alle Vorwürfe, welche von Herrn Lafer der Person des Ministers darüber gemacht worden, erwiesen sich als völlig grundlos. — Was sodann die Thätigkeit des Justiz-Ministers im Staats-Ministerium betrifft, so erklärte der Minister es für ungebührlich, einen einzelnen Minister, der seine Stimme nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben, hinterher für den Beschluß verantwortlich zu machen. Wenn das ganze Kollegium gesprochen habe, so stehe es Niemand an, zu fragen, wie der Einzelne gestimmt habe. Die budgetlose Regierung und die Ansicht von einer Lücke in der Verfassung gehöre der jetzt überwundenen Zeit des Konflikts an, die man nicht immer wieder aufrufen möge, sondern über die man eben hinwegkommen

müsse. Bei allen solchen Fragen handle es sich um Auslegungen der Verfassung, und da könne Jeder nur nach seiner Ueberzeugung handeln.

Die weiteren Verhandlungen bewiesen, daß die Angriffe des Abg. Lafer vielfache Mißbilligung in der Versammlung gefunden hatten. Ein konservativer Abgeordneter und hochgeachteter Gerichtsbeamter sagte: „Ich will die Angriffe des Herrn Abgeordneten Lafer nicht widerlegen; sie waren nicht sachlich, sondern rein persönlich. Ich habe mir das Wort erbeten, nur um öffentlich die Erklärung abzugeben, daß ich diesen Angriffen im Wesen nicht zustimme und sie in der Form mit Entrüstung verwerfe.“ — Das Haus selbst schien auch in seiner Mehrheit dem Auftreten des Abgeordneten Lafer eine thatsächliche Billigung und Folge nicht geben zu wollen, da diesmal alle Mehrbedürfnisse der Justizverwaltung genehmigt wurden.

— Die in dem Friedensvertrage zwischen Preußen und Hessen-Darmstadt ausbedungene Rückgabe von Werthgegenständen des Kölner Domes steht, Mittheilungen der „Köln. Ztg.“ zufolge, nun ebenfalls bevor. Zum königlichen Kommissar ist dafür preussischerseits, in Uebereinstimmung mit dem Vorschlage des Kölner Domkapitels, der Domherr Dr. Frenken ernannt worden, und wird, nach gleichmäßiger Bevollmächtigung eines Großherzoglich hessischen Kommissars, die Auseinandersetzung und Uebernahme in Darmstadt ehestens vor sich gehen.

— In Bezug auf die Zwecke einer bei dem Landtage zu beantragenden Staats-Anleihe findet sich in der „Bl.-u. H.-Ztg.“ Folgendes: Vier Millionen der beabsichtigten Anleihe sind zur Anlage einer Ringbahn um die Stadt Berlin veranschlagt. Die jetzt bestehenden Verbindungsbahnen zwischen den verschiedenen Bahnhofen sind nicht auf eigenem Grund und Boden der Bahnen angelegt, sondern, um zu große Kosten zu vermeiden, wurde seiner Zeit die Anlage durch die Straßen bewilligt. Dies hat jedoch wiederholt zu Differenzen Veranlassung gegeben, die Bahn hindert zu sehr den regen Verkehr in lebhaften Straßen, und es ist daher eine Verlegung derselben bei dem enormen Wachsen des Stadtumfanges dringend geboten. Die Strecke, welche die Ringbahn durchlaufen würde, ist zwar nicht lang, aber das zu erwerbende Terrain so kostspielig, daß man die Anlage deshalb so hoch hat veranschlagen müssen.

— Wenn der Herr Ministerpräsident Graf Bismarck-Schönhausen auch die Leitung der Geschäfte wieder übernommen hat, so ist er doch nach dem Rathe der Aerzte für jetzt noch genöthigt, die denselben zu widmende Zeit auf fünf Stunden des Tages zu beschränken, — und deshalb seiner persönlichen Verkehr nicht über die Immediat-Vorträge bei Sr. Maj. dem König und die Besprechungen mit den Herren Ministern auszuweihen. Der Herr Ministerpräsident hat daher auch die an ihn ergangenen Einladungen ebenso ablehnen müssen, als bei ihm selbst noch keine Sotée stattgefunden hat. Die desfalls in den hiesigen Zeitungen enthaltene Nachricht ist irrtümlich und daher entstanden, daß sich am Montag Abend bei der Frau Gräfin Bismarck-Schönhausen, wie gewöhnlich, einige näher bekannte Herren ohne vorherige Einladung zum Besuche eingefunden hatten.

— Der Ober-Konfistorialrath Nisch hat, nach der „E. St.“, seine Entlassung als Mitglied des Oberkirchenraths eingereicht und erhalten; er bleibt aber Ehrenmitglied dieser Behörde.

— Die fortwährenden Beleidigungen und Belästigungen, welche die Garnison der Stadt Hannover von einem Theile des Publikums zu erleiden hat, haben zu strengen Maßregeln Veranlassung gegeben. Wie das „Tgl.“ hört, sind die Militärpersonen, welche insultirt werden, ermächtigt, unverzüglich von ihrer Waffe Gebrauch zu machen.

— Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht heute die königliche Kabinettsordre vom 27. November d. J., welche das preussische Militär-Strafgesetzbuch für die neuen Provinzen einführt und die entsprechende Verordnung des Gouverneurs von Hannover, Generals v. Voigts-Rheß.

— Die irdischen Ueberreste des am 3. d. M. Morgens verstorbenen Generals der Infanterie a. D. von Pfuell werden auf seinen im Leben geäußerten Wunsch in dem von Pfuellschen Erbgräbnis zu Jahnfeld bei Müncheberg, wo er seine Jugend verlebte, beigesetzt werden. Der Verstorbene soll aus seinem vielbewegten Leben interessante Memoiren hinterlassen.

— Der Kriegsminister v. Moos wird das Militärbudget in nächster Woche bei den Verhandlungen im Abgeordnetenhause selbst vertreten.

— Abg. v. Hoyerbed hat zu dem von der Dotations-Kommission empfohlenen Gesetzentwurf folgendes (den Minister-Präsidenten und den Kriegsminister von der Dotation ausschließendes) Amendement eingebracht: „Alinea 1 folgendermaßen zu fassen: Zur Verleihung von Dotationen an diejenigen preussischen Heerführer, welche in dem letzten Kriege zu dem glücklichen Ausgange desselben in hervorragender Weise beigetragen haben, die Generale der Infanterie Freiherr v. Mollke, Herwarth v. Bittenfeld, v. Steinmetz, Vogel v. Falkenstein, wird eine Summe von 1½ Millionen Thalern aus den eingehenden Kriegs-Entscheidungen bereit gestellt.“ — Unterstützt ist dieser Antrag von einer Anzahl von Mitgliedern der Fortschrittspartei.

— Von neuen Anträgen einzelner Abgeordneter sind zu verzeichnen: 1) Zur Budget-Verathung zwei Anträge; der eine, auf den landwirtschaftlichen Etat bezüglich und vom Abg. Dr. Kalau v. d. Hofe ausgehend, will von der Regierung eine Kommission niedergesetzt sehen zur Prüfung der Frage, wie „der bedrohlichen Entwaldung des Staates entgegenzuarbeitet werden könne“; der andere, Antrag des Abg. Frhrn. v. Hoyerbed, bezieht sich auf den Etat des Kultus-Ministeriums und verlangt, daß das Hans beschleße, „Tit. 23 der dauernden Ausgaben des Ministeriums für geistliche Angelegenheiten in dem früheren Betrage von 244,033 \mathcal{R} zu bewilligen, dagegen in einem besonderen Titel 23 a. zu dauernden Besoldungs-Verbesserungen für Elementar-Lehrer 201,736 \mathcal{R} zu bewilligen.“

2) Zum Bericht der Kommission über den die Einverleibung der Herzogthümer Pommern und Schleswig betr. Gesetzentwurf ist neuerdings

vom Abg. Groote ein Abänderungs-Antrag gestellt worden, demzufolge statt §. 2 des Kommissions-Antrages Folgendes treten soll: Die preussische Verfassung tritt in diesen Landestheilen am 1. Oktober 1867 in Kraft. Bis dahin werden für dieselben die Befugnisse der Landesvertretung von den dortigen Ständen geübt; diese treten von da an in das Verhältniß von Provinzial-Ständen zurück. Die in Betreff der Einführung der preussischen Verfassung, so wie der Feststellung des Wirkungsbereiches der bisherigen Stände in ihrer künftigen Eigenschaft als Provinzial-Stände notwendigen Bestimmungen werden durch besondere Gesetze getroffen.“

Berlin, 5. Dezember. (Abgeordnetenhause.) 37. Sitzung. (Schluß aus dem heutigen Morgenblatte.) Minister v. Selchow: Die letztere Angabe des Antragstellers möchte ich bestreiten. Direktor Wagener war in früheren Jahren ein beliebter Lehrer an landwirtschaftlichen Instituten. Der Regierung sind die Verhältnisse nicht unbekannt und sie hat schon selbst an die Aufhebung der Anstalt gedacht; es handelt sich bisher nur noch um den Zeitpunkt der Aufhebung. — Abg. Frhr. v. Hoyerbed beantragt, den Fühlingschen Antrag der Agrar-Kommission zur Vorberatung zu überweisen. Nachdem noch die Abgg. Dr. v. Ringenthal und Dr. Glafer sich für die Verwendung der Anstalt zu einem landwirtschaftlich praktischen, weniger theoretischen Institut ausgesprochen, wird der Antrag Hoyerbed und der erste Theil des Fühlingschen Antrages abgelehnt, der zweite Theil desselben aber mit großer Majorität angenommen. Zu Tit. 15 beantragt Dr. Fühlings: Die Staats-Regierung aufzufordern, die für niedere Lehranstalten pro 1867 geforderte Summe von 26,500 \mathcal{R} für das Jahr 1868 zu erhöhen und die zu beantragende Mehrsumme im Interesse der Beförderung des landwirtschaftlichen Wanderrunterrichts und der landwirtschaftlichen Mittelschulen nach dem in Hannover überaus günstig sich bewährenden Systeme (Ackerbauhöfen ohne Gutswirtschaft und ohne Pensionat) zu verwenden. — Dr. Fühlings befürwortet diesen Antrag, den er im Interesse des kleineren und mittleren Bauernstandes gestellt habe. Geh. Rath Schumann erklärt sich mit der Erhöhung der Summe zwar einverstanden, jedoch müsse die hannoversche Einrichtung noch zunächst beobachtet werden, ehe man sie ohne Weiteres bei uns in Preußen einführen könne. Abg. v. Unruh (Bomst) befürwortet eine Erhöhung der Fonds für die oberhessische Ackerbauhöfen. Abg. Frhr. v. Hoyerbed beantragt, den Fühlingschen Antrag der Agrar-Kommission zur Vorberatung zu überweisen, zieht jedoch den Antrag wieder zurück, als Abg. Graf Schwerin sich dagegen erklärt. Demnach wird der erste Theil des Antrages angenommen, der zweite Theil jedoch verworfen.

Zu Tit. 20 hat Dr. Fühlings den Antrag gestellt: Die Regierung aufzufordern, die zu Prämien für die Züchtung der Mutterstuten geforderte Summe von 5000 \mathcal{R} pro 1868 zu erhöhen. Nachdem der Reg.-Komm. Wehrmann widersprochen, wird der Antrag abgelehnt. — Alle übrigen Titel bis 23 werden ohne Debatte genehmigt.

Es folgt die Verathung über die einmaligen Ausgaben. Zu Tit. 1 (Zuschuß zu dem Fonds für größere Landesmeliorationen und Deichbauten) hat Dr. Kalau v. d. Hofe den Antrag gestellt: „Die Regierung aufzufordern, mit dem Budget pro 1868 in einer besonderen Denkschrift die Resultate nachzuweisen, welche die in den letzten 20 Jahren ausgeführten Landesmeliorationen und Deichbauten geliefert haben.“ Abg. Dr. Kalau v. d. Hofe motivirt seinen Antrag und verbindet gleichzeitig die Motivirung seines zu Tit. 2 gestellten Antrages: „Die Regierung aufzufordern, sie wolle eine Kommission zur Prüfung der Frage niederlegen: auf welche Weise kann der bedrohlichen Entwaldung des Staates entgegenzuarbeitet werden? und beim nächsten ordentlichen Landtage die Ergebnisse dieser Untersuchung mittheilen.“ Reg.-Komm. Wehrmann erklärt, daß die Voraussetzung des Antragstellers, daß eine Entwaldung des Landes vorhanden sei, nicht zutrefte; der preussische Staat habe einen Waldbestand von 25 pCt. seiner Fläche, der ziemlich gleichmäßig vertheilt ist und zwischen 20—30 pCt. variirt. Die Kommission, die der Antragsteller wünscht, wird eine sehr schwere und kaum zu erfüllende Aufgabe haben; die Staatsregierung hält den Antrag überhaupt für nicht nöthig. Gegen den ersten Antrag hat die Staatsregierung nichts Wesentliches einzuwenden. In den Annalen der Landwirtschaft ist darüber schon Manches ausführlich dargelegt. Es bestehen jetzt im Ganzen 326 Genossenschaften, resp. Deichverbände für Landesmeliorationen mit einem Betriebs-Kapital von 10 Millionen Thalern. Die Staatsgelder wirken also jedenfalls anregend auf solche Bestrebungen. Der Antrag 1 des Dr. Kalau v. d. Hofe wird darauf angenommen, Antrag 2 abgelehnt. — Sämmtliche Titel des Etats bis 10 werden genehmigt.

Es folgt die Vorberatung über den Etat der Gestüt-Verwaltung. Reg.-Komm. Wehrmann: Die Minderansage der Ausgaben für die Gestüte gründet sich auf herabgesetzte Preise der Fournage. Im Extraordinarium sind Summen aufgeführt, welche im Jahre 1866 nicht verwendet werden konnten. — Widerspruch wird nur gegen die Position von 12,000 \mathcal{R} für die Errichtung einer Ziegelei in Trafehnen erhoben. Abg. Frenzel will die Position streichen.

Minister v. Selchow: Es sollen nur für den eigenen Gebrauch Ziegel fabrizirt werden, um die Kosten, die alle Jahre aus den großen massiven Bauten erwachsen, zu sparen. Ich würde deswegen nichts dagegen haben, einen Theil der Summe zu streichen, wenn ich es auch nicht für zweckmäßig halte. — Ein Abgeordneter von der rechten Seite macht auf die Zweckmäßigkeit des Unternehmens aufmerksam und bittet schließliche die Regierung nachträglich, da es bei der betreffenden Position des Etats übergegangen sei, die Aufhebung der Trainanstalt ins Auge zu fassen; die dafür ausgelegten 14,000 \mathcal{R} und der Erlös von dem eventuellen Verkauf der Anstalt könnten besser verwandt werden, um die Rennen populärer zu machen.

Minister v. Selchow: Die Sache ist schon in Erwägung gezogen worden, läßt sich aber einmal nicht ausführen; man muß auch die bedeutenden Einrichtungskosten bedenken. — Abgeordneter Frenzel zieht nach den Erklärungen des Ministers seinen Antrag zurück. — Abg. Reichenheim stellt den Antrag, an Stelle der Position des Etatsentwurfs zu setzen: zur Gewinnung von Ziegeln 6000 \mathcal{R} . — Minister v. Selchow: Man könnte allerdings vorläufig mit der Summe zufrieden sein, würde dann aber später den Etat immer wieder belästigen müssen. — Es werden darauf die 12,000 \mathcal{R} und also der ganze Etat unverändert bewilligt. Der Präsident will noch in die Verathung des Etats für das Kultusministerium eintreten. (Auf: Vertagen!) Der Antrag, die Sitzung nur auf eine Viertelstunde zu vertagen, wird abgelehnt und der Antrag auf Vertagung angenommen, unter dem Ruf des Hrn. v. Vinde (Hagen): die gerechte Sache siegt! (Heiterkeit). Schluß der Sitzung 3 Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. (Tagesordnung: Dotation, Aufhebung der Rheinschiffahrtszölle, Ermäßigung des Gerichtslohnzuschlages, Bericht der Geschäftsverwaltungs-Kommission über die Eingabe des Abg. Sello, Wahsprüfungen und event. Etat des Kultusministeriums.)

Königsberg i. Pr., 4. Dezember. Sonntag Mittag traf der kommandirende General Vogel v. Falkenstein hier ein und wurde auf dem Perron von dem Offizierkorps empfangen. Als der General auf dem Bahnhofspfad heraustrat, wurde er von der dort versammelten Menge mit lautem Hurraß begrüßt, worauf er mit herzlichen Worten für das so freundliche Willkommen dankte. Der Sängerverein hat ihm eine Serenade gebracht.

— Die hiesige „Ostpreuss. Ztg.“ schreibt: Das ostpreussische Kürassier-Regiment Nr. 3 hat wegen eines Zurückzuges im letzten Feldzuge manchen ungerechten Spott erdulden müssen. Freitag wurde dem Regimente bei dem Appel auf königlichen Befehl er-

öffnet, daß durch die kriegsgerichtliche Untersuchung sich die völlige Schuldlosigkeit des Regiments herausgestellt habe, daß die Schuld allein den bei Pillnau die drei letzten Schwadronen kommandirenden Offizier treffe; es solle daher dem Regiment volle Genugthuung werden. Besagter Offizier ist dem Vernehmen nach zu Festungsarrest verurtheilt worden.

Gumbinnen, 1. Dezember. Der im Verlage von J. F. Lemke hier erschienene Kalender für 1867 (und zwar der zu sechs Sgr.) ist von der hiesigen Staatsanwaltschaft mit Beschlagnahme belegt. Die Veranlassung dazu soll ein die katholische Konfession profanirender Artikel sein. (Pr. L. Z.)

Grünberg, 3. Dezember. Soeben ist die Nachricht hier eingetroffen, daß der in Volkmannsdorf bei Leipzig gefänglich eingezogene Bürgermeister Bratsch am 30. November sich in der dortigen Frohnveste selbst entleibt hat.

Aus dem Sundewitt, 2. Dezember. Auch von der Insel Alsen und aus hiesiger Landschaft dürfte sich in den nächsten Tagen eine Deputation nach Berlin begeben, um theils bei der Königl. Regierung, theils bei dem Präsidenten des Abgeordneten-Hauses gegen die event. Anordnung einer nord-schleswigschen Abstimmung aufzutreten. Und die Abreise der fraglichen Deputation hat um so mehr zu bedeuten, als die Dänenfreunde Alsens und Sundewitts unter Hinweis auf „baldige Wiedereinsetzung des Königs Christian des IX.“ manche ohnehin eingeschüchterte Gemüther in Angst und Schrecken zu setzen suchen, was ihnen leider nur zu oft gelingt.

Hannover, 3. Dezember. Aus der Stadt Hannover haben sich schon verhältnismäßig viele junge Leute zum Dienst als einjährige Freiwillige gemeldet, darunter auch solche, welche ihre Dienstzeit anticipiren wollen. Auf die Gesuche um Zulassung zum Freiwilligen-Dienst der 1843 Geborenen wird erst dann Antwort ertheilt werden, wenn festgestellt, daß auf die Altersklasse von 1843 überhaupt zurückgegriffen werden muß, was indes unwahrscheinlich ist.

Norden, 1. Dezember. Wie man vernimmt, hat das Bürger-Vorsteher-Kollegium ein Gesuch an den Magistrat gestellt, an Sr. Maj. den König eine Petition zu richten, „die Provinz Ostfriesland mit Westfalen unter einem Regierungsbezirk Ostfriesland zu vereinen.“ Sodann soll bezüglich der Weiterführung der Westbahn von dort über hier eine Petition vorbereitet sein.

Frankfurt, 4. Dezember. Bis heute haben sich, wie man vernimmt, von ungefähr 600 zum Militär gestellungspflichtigen hiesigen jungen Leuten etwa 400 zum einjährigen freiwilligen Dienst gemeldet.

Die Bundesliquidations-Kommission hat sich in ihren letzten Sitzungen mit der Redaktion der sehr ausführlichen und genauen Instruktion beschäftigt, nach welcher die Spezialkommissionen für die Aufnahme und Liquidation des beweglichen Bundesvermögens in den fünf ehemaligen Bundesfestungen ihre Aufgabe auszuführen haben. Die Mitglieder der ersten Reihe dieser Subkommissionen, der militärischen für die Abschätzung des Artillerie- und Geniematerials, sind in den letzten Tagen hier eingetroffen und haben in einer heutigen Sitzung der Liquidations-Kommission die betreffende Instruktion erhalten und sind auf dieselbe verpflichtet worden. Sie werden nun ohne Verzug an ihr Werk gehen.

Eisenach, 4. Dezember. Die baltische Regierung hat ehrenwerther Weise den im Eisenacher Oberland durch ihre Truppen in den Kriegstagen dieses Sommers veranlaßten Schaden ersetzt. Dieser Tage sind die Entschädigungsgelder mit 24,000 und einigen hundert Gulden an die Bezirksbehörde gelangt.

Stuttgart, 2. Dezember. Baron v. Rothschild befindet sich seit einigen Tagen hier, um theils mit der Regierung, theils mit hiesigen Banquiers wegen Errichtung einer Banfiliale mit Notenausgabe in hiesiger Stadt zu unterhandeln. Die ganze Angelegenheit soll bereits dem Abschluß nahe sein. Von Seiten der Geschäftswelt, die schon seit fast zwei Jahren der Regierung die Statuten einer zu gründenden Notenbank mit der Bitte um Genehmigung einer solchen vorgelegt hat, ohne daß seither nur einiger Erfolg zu erzielen gewesen wäre, wird das Unternehmen gern gesehen werden.

München, 4. Dezember. Ein Ministerium Hohenlohe wird der „N. N. Z.“ von zwei glaubwürdigen Seiten her als sehr wahrscheinlich bezeichnet. Man schreibt dem genannten Blatt darüber „Schon vor fünf bis sechs Wochen wurde (im Gebirge) mit dem Fürsten Hohenlohe wegen Uebernahme des auswärtigen Ministeriums unterhandelt, Hohenlohe's Programm dem v. d. Pfordtenschen, d. h. dem des Zurücktretens, gegenüber dem König mitgetheilt, und das Hohenlohe'sche eines Anschlusses an Preußen auf bundesrechtlicher Grundlage genehmigt. Definitive Entscheidung soll alsbald nach Rückkehr des Fürsten aus Polen, wohin er sich in Angelegenheiten seiner Familie begeben hat, zu erwarten sein.“

Ausland.

Paris, 4. Dezember. Die Agitationen von kirchlicher Seite zu Gunsten des weltlichen Papstthums dauern fort, ohne gerade viel Anhänger zu finden. Die bischöflichen Hirtenbriefe mehrten sich und der Pater Hyacinthe hat gestern bei Beginn der Adventspredigten in Notre-Dame einen Feldzug zu Gunsten dieses Gegenstandes eröffnet.

Auf Wunsch der japanischen Regierung hat das Kriegsministerium nicht allein mehrere Instruktionen nach Jeddo gesendet, sondern auch Befehl ertheilt, diesem Staate eine Anzahl von Geschützen nach neuestem Modell, sowie 20,000 gezogene Büchsen zu liefern, welche in Hinterladungsgewehre umgewandelt worden sind.

Pommern.

Stettin, 6. Dezember. Seit vorgestern Nachmittag wird der Führer eines im hiesigen Hafen liegenden schwedischen Schiffes vermißt. Derselbe hat sich zur Besorgung von Geschäften ans Land begeben, es fehlt indessen jede Spur über seinen ferneren Verbleib und wird wohl nicht mit Unrecht vermuthet, daß demselben, vielleicht Abends bei der beabsichtigten Rückkehr nach seinem Schiffe in der Dunkelheit, irgend ein Unglück betroffen hat. Auf Veranlassung des schwedischen Konsuls sind jetzt Recherchen über den Verbleib des Vermißten eingeleitet.

Heute haben wir schon wieder über das erfolgte Ableben eines unserer hiesigen Geistlichen zu berichten. Der Prediger an der Schloßkirche, Beerbaum, ist nämlich gestern Vormittag nach längeren Leiden gestorben.

Der Arbeiter Th. Barfknecht aus Bredow verzehrte

gestern im Scheerenberg'schen Lokale am Kohlmarkt 3 Schnäpse, verweigerte aber demnach die Bezahlung, ergriß vielmehr eine im Lokale befindliche Bank und drohte, dort Alles zu zerschlagen. Nach mehrfachen vergeblichen Aufforderungen des Wirthes an B., das Lokal zu verlassen, wurde er mit Gewalt aus demselben entfernt und zerschlug nun von außen die Thüre, sowie ein in derselben befindliches Fenster, wonächst seine Verhaftung erfolgte. Demselben wird jedenfalls wegen Hausrechtsverletzung, sowie Beschädigung fremden Eigenthums der Prozeß gemacht werden.

Die in der Frauenstraße wohnhafte unverheiratete Haase vermißte am 24. v. Mts. Abends bei der Rückkehr in ihre Wohnung aus derselben eine Komode nebst Inhalt und lenkte sich der Verdacht des Diebstahls auf die den Tag über in der Wohnung beschäftigt gewesene, bereits wegen Diebstahls bestrafte unverheiratete Volkmann aus Treptow a. N. Jener Verdacht hat sich nun auch als richtig bestätigt, indem die entwendeten Gegenstände bei Gelegenheit einer polizeilichen Haussuchung in der Wohnung der B. fast vollständig vorgefunden sind und ist Letztere in Folge dessen verhaftet, obgleich sie die Verübung des Diebstahls leugnet, behauptend, die Sachen von einem unbekanntem jungen Menschen geschenkt erhalten zu haben.

Auf die für das Jahr 1866 festzusetzende Dividende der preussischen Bankantwellscheine wird vom 10. d. M. ab die zweite halbjährige Zahlung von Zwei und Ein Viertel Prozent oder: 22 Thlr. 15 Sgr. Cour. für den Dividendenschein Nr. 40 u. A. bei dem hiesigen Bank-Comptoir, sowie bei den Bank-Kommanditen zu Cöseln, Straßund und Stolp erfolgen.

Dem uns vorliegenden Berichte des Comité's des Stettiner Hilfsvereins für die Armee im Felde über seine bisherige Thätigkeit, dessen vollständige Mittheilung wir uns in Rücksicht auf den beschränkten Raum unseres Blattes versagen müssen, entnehmen wir folgendes:

Als Hauptaufgabe des Vereins wurde in der konstituierenden Versammlung am 20. Juni d. J. festgestellt: „Die Unterstützung der Truppen im Felde, vor Allen der Kranken und Verwundeten in den Lazarethen.“

In kurzer Zeit wurden dem Comité bedeutende Geldmittel sowohl von hiesigen als auch von zahlreichen auswärtigen Gubern in der Provinz, insbesondere durch Vermittelung des Herrn Landraths Stavenhagen aus dem Randow'schen Kreise zur Disposition gestellt. Die Summe der Einnahme bis zum 1. November d. J. erreicht den bedeutenden Betrag von 18,768 M. Das Comité war hierdurch in Stand gesetzt, seine Thätigkeit in ausgebreitetem Maße sofort beginnen zu können. An die Frauen und Jungfrauen unserer Stadt erging bald darauf von Seiten des Comité's die Bitte um Zufuhr von Lazareth-Gegenständen aller Art. Auch dieser Aufruf fand einen so großartigen Anklang, daß der zuerst zur Aufnahme der Lazarethgegenstände bestimmte kleine Raum nicht mehr ausreichte. Von Seiten der Casino-Direktion wurde der Saal des Casinos zur Disposition gestellt und in demselben die in großer Menge einlaufenden Lazarethgegenstände geordnet und angeordnet. Zur Verstärkung dieses Depots ließ das Comité aus eigenen Mitteln 500 neue Decken, 100 neue Laken, 150 Matratzen, 100 Kranken-Anzüge, 1100 wollene Leibbinden, außerdem wollene Jacken, Unterbeinkleider u. s. w. durch hiesige Arbeiter anfertigen. Die Arbeiten wurden insbesondere an die Frauen der Landwehrmänner und Reservisten vertheilt, um auch diesen bei der brodblosen Zeit eine Unterstützung zukommen zu lassen. — Sodort nach der Konstituierung des Vereins wurde von Seiten des Herrn H. Moses dem Comité das Gutshaus zu Nemitz als Lazareth-Gebäude zur Disposition gestellt. Das Comité ließ das Haus dem Zwecke gemäß vollständig zu einem Lazareth für 27 Betten einrichten. Der Vorstand des Diakonissenhauses hatte die Güte, zwei Diakonissen zur Uebernahme der Pflege nach Nemitz zu senden. Von Seiten der pommer'schen Gefängniß- und Asyl-Gesellschaft wurde dem Comité das Asyl für entlassene Gefangene bei Zillchow als Lazarethgebäude angeboten. Dasselbe reicht in seiner Räumlichkeit für 18 Betten aus und wurde ebenfalls in kurzer Zeit dem Zwecke entsprechend eingerichtet.

Aus den vorhandenen Geldmitteln war es möglich, dem Central-Verein in Berlin bereits am 1. Juli die Summe von 2000 M. zu übersenden. Die weitere Thätigkeit des Comité's theilte sich zunächst in zwei Theile: 1. Unterstützung der Armee im Felde; 2. Unterstützung der Lazarethe sowie der Reconvalenscenten. Zur Unterstützung der Armee im Felde wurde zuerst am 7. Juli, gleich nach der Schlacht von Königgrätz, ein Transport von Erfrischungen aller Art in 2 Eisenbahnwaggons über Görlitz nach Turnau und von dort den einzelnen Regimentern zugesandt. Die zweite noch größere Sendung von Lebensmitteln und Erfrischungen wurde am 6. August in drei Waggons über Dresden, Prag nach Colmar gesandt. Durch einen vom General-Kommando des 2. Armee-Korps dazu designirten Beamten wurden sämtliche Gegenstände der Bestimmung des Comité's gemäß an alle pommer'schen Regimenter vertheilt.

Was die Unterstützung der Lazarethe betrifft, so wurden von Seiten des Comité's eine Menge Lazarethe mit größeren oder kleineren Sendungen von Verbandzeug aller Art, Hemden, Strümpfen, Matratzen, Fruchtsäften, eingemachten Früchten, Zucker, Chokolade, Wein, Cigarren, Desinfektions-Mitteln u. s. w. bedacht. Außerdem erhielt das Central-Depot des preussischen Central-Vereins für verwundete Krieger in Berlin in einer ganzen Reihe von Sendungen bedeutende Quantitäten von Lazareth-Gegenständen aller Art. Einzelnen bekannten Stettiner im Felde thätigen Ärzten sandte das Comité auf deren Requisition Vorräthe von Desinfektions-Mitteln, Chloroform, Verbandzeug &c.

Nach geschlossenem Frieden war eine Hauptaufgabe des Vereins, einestheils ganzen Truppentheilen, welche spät in der Nacht hier eintrafen, durch Kaffee, Bier, Brod, Butterbrot zu erquickeln, andertheils den in großer Zahl aus den verschiedenen Lazarethen eintreffenden Reconvalenscenten Unterstützung an Geld oder eine bessere Bekleidung zu Theil werden zu lassen. Die auf die eine oder andere Weise so verpflegten Mannschaften dürfte die Zahl von 4000 wohl erreichen. Die hierdurch entstandene Ausgabe beläuft sich auf ca. 1060 M.

Was die Vereins-Lazarethe betrifft, so war das Lazareth zu Nemitz am 1. August zur Aufnahme von Verwundeten bereit. Im Ganzen sind bis jetzt 48 Patienten in das Lazareth aufgenommen und hiervon 22 als geheilt entlassen. 26 befinden sich noch in Behandlung. Das zweite kleinere Lazareth im Asyl zu Zillchow wurde am 4. September zuerst belegt. Es sind bis jetzt 32 Verwundete in das Lazareth aufgenommen; hiervon wurden 15 als geheilt entlassen, und 17 befinden sich noch in Behandlung. Der vortrefflichen Leitung der beiden Ärzte Dr. Krüger und Dr. Schlüter, sowie der liebevollen Fürsorge der Diakonissen und Krankwärter ist es zu danken, daß alle Patienten ohne Ausnahme sich einer fortwährenden Besserung erfreuen. Die Einrichtungskosten beider Lazarethe sowie die Unterhaltungskosten betragen bis 15. November ca. 3000 M.

Am Schlusse des Berichtes spricht das Comité besonders den vielen Frauen und Jungfrauen Stettins und der Umgegend, welche dasselbe durch Anfertigung und Zufuhr von Verbandzeug aller Art, Einlösen von Fruchtsäften, durch thätige Hülfsleistung bei dem Ordnen und Verpacken der eingegangenen Vorräthe unterstützten, den herzlichsten Dank aus. Es hebt unter der großen Zahl edler Getherinnen besonders die unter dem Namen „Domverein“ und „Schloßverein“ zu Stettin, Frauenverein zu Wollin und Grabow bestehenden Frauenvereine hervor, deren Unterstützung dem Comité in hohem Grade, sowohl durch die Schönheit und Sorgfalt der angefertigten Verbandgegenstände, Leibbinden u. s. w. als auch durch die bedeutende Menge derselben eine wesentliche Hilfe war.

(Polytechnische Gesellschaft.) Sitzung vom 30. November. Nach einigen Mittheilungen des Hrn. v. Boguslawski über den großen Sternschnuppenfall am 13./14. November hielt Herr Navigationslehrer Kurzwieg einen längeren Vortrag über die Führung eines Seemanns. Redner sprach zunächst über die vielen und großen Aufgaben eines Seemanns und ging dann zu seinem eigentlichen Thema über, nämlich darzulegen, wie man den Weg über das Meer finden könne. Der Vortrag erging sich in anschaulicher Weise über die Art und Weise, wie der Ort auf der See theils durch Kompaß und Loggleine, theils durch Sextant und Chronometer bestimmt wird.

+ **Aus dem Kreise Rügen**, 5. Dezember. In der letzten Nacht sind bei dem herrschenden Sturm die Wirthschaftsgebäude des Gutes Siggemow bei Bergen eingestürzt. Sämmtliche Schafe und Schweine sind mitverbrannt, Pferde und Kühe indess gerettet. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Körlin, 4. Dezember. Gestern Abend um halbzehn Uhr brach in den Hintergebäuden des Gastwirth Knop Feuer aus, welches bei der mangelhaften Feuerordnung hier mächtig um sich griff und bis heute gegen Morgen fortbrannte. Es sind die Scheune und der Stall des Gastwirth Knop, das Hintergebäude des Klempner Müller, der Speicher und ein Flügel vom Wohnhause des Kaufmanns Emil Meyer abgebrannt. (Dv.-Z.)

Colberg, 5. Dezember. In unserer Stadt zirkulirt gegenwärtig eine Petition an das Abgeordnetenhaus Behufs Förderung und Einführung des Stolze'schen stenographischen Systems als fakultativen Unterrichtsgegenstand für Gymnasien und höhere Lehr-Anstalten.

Bemerktes.

In der kürzlich stattgefundenen Verloosung von Kunstgegenständen zum Besten des Königs Wilhelm-Vereins fiel der Hauptgewinn, eine Marmorbüste des Kronprinzen vom Prof. Hagen, 500 Thaler an Werth, einem beim Berliner Magistrat angestellten Kanzlisten zu.

Die Fürstin Sophie Liechtenstein, Gemahlin des kommandirenden Generals Fürsten Friedrich Liechtenstein (als Sophie Löwe einer der glänzendsten Sterne am deutschen Bühnenhimmel), ist einem wiederholten Schlaganfall in ihrem 55. Jahre erlegen.

Chemnitz, 3. Dezember. Eine gräßliche Schreckenskunde regt seit gestern alle Gemüther auf. Auf dem Schloßthor besuchten sich gestern groß und klein mit Schlittschuhlaufen. Als jedoch ein junger Mensch von 18 Jahren rücklingsfahrend in eine offene Stelle geräth, sofort aber glücklich gerettet wird, und, statt das Eis zu verlassen, seine nassen Kleider auswindet, versammelt sich um ihn eine große Schaar Neugieriger — Kinder und Erwachsene. Plötzlich kracht das Eis, viele stürzen mit dem Kopf zuerst ins Wasser, andere fallen feldwärts. Sofort rufen die Sturmgloden zu Schloß-Chemnitz um Hülfe. Inzwischen ist jedoch alles zur Rettung schon herbeigeeilt, was nur konnte. Von den ca. 40 ins Wasser Gefunkenen wurden viele sofort bei voller Befinnung, andere mit den Anzeichen des Todes herausgezogen. Von den bereits Erstickten sind 9 wieder ins Leben zurückgerufen worden, 11 Leichen dagegen sind zu betrauern. Zwei Familien haben zwei Knaben auf einmal zu bestatten. Ob noch Personen vermißt werden, war noch nicht bekannt. Doch finden gegenwärtig noch Nachforschungen statt.

Neueste Nachrichten.

Hannover, 5. Dezember. Ein Allerhöchster Erlaß ermächtigt den Generalgouverneur, diejenigen Beamten, welche den Intentionen der Regierung nicht nachkommen, ohne Rücksicht zu suspendiren. Die hannoverschen Militärpersonen, die sich an Agitationen gegen die Regierung betheiligen, sollen nach der Festung Minden abgeführt und zur kriegsgerichtlichen Untersuchung gezogen werden. Ein Gleiches soll denjenigen Personen widerfahren, die sich Beleidigungen gegen Militärpersonen in Uniform zu Schulden kommen lassen.

Wien, 5. Dezember, Nachm. Die „Wiener Abendpost“ meldet als zuverlässig aus Compiegne: Der Kaiser Napoleon habe dem österreichischen Botschafter, Fürsten Metternich, mitgetheilt, daß Marschall Bazaine Auftrag erhalten habe, die österreichischen Legionäre in Mexiko, falls dieselben in die Heimath zurückkehren wünschen, ganz den französischen Truppen gleich zu behandeln, und ihnen freie Rückkehr zu sichern.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung, 6. Dezember. Abgeordnetenhaus. Dotationsgesetz. Stavenhagen wünscht, der Alt, welchen das Haus heute in Anerkennung des ruhmreichen Heeres vollziehen wolle, möge dem Vaterlande zur Ehre und zum Segen gereichen. Der Antrag des Freih. v. Hoyerstedt wird abgelehnt, und der Kommissions-Antrag mit 219 gegen 80 Stimmen angenommen.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 4. Dezember, Nachmittags. Angelommene Schiffe: Zephyr, Eues von Stavanger. 2 Bredde, Rindsen von Hangesund. Dulse (Sd), Pries von Hull. Wind: W. Revier 13¹/₂ F. Strom ausgehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 6. Dezember. Witterung: klare Luft, Nachts Regen. Temperatur + 9° R. Wind: W.

Au der Börse.

Weizen wenig verändert, loco pr. 85 Pfd. gelber 76—82 M bez., bunt. poln. 79—80 M bez., 83—85 Pfd. gelber Dezember 81 M Br., 80¹/₂ M Gd., Frühjahr 82¹/₂, 83, 82¹/₂ M bez.

Roggen anfangs flau, schließt fester, pr. 2000 Pfd. loco 51—54 M bez., Dezember 52¹/₂, 53¹/₂ M bez., Dezember-Januar 53, 52¹/₂, 53 M bez., Januar-Februar 52¹/₂, 53 M bez., Frühjahr 52¹/₂, 51¹/₂, 51¹/₂, 52¹/₂ M bez., Mai-Juni 52, 52¹/₂ M bez.

Gerste loco pr. 70 Pfd. märker 48—50 M bez., Frühl. 69—70 Pfd. 48¹/₂ M Br., 48 M Gd.

Haber ohne Handel.
Erbsen 54—60 M nach Qual. bez.
Rübsöl stille, loco 12¹/₂ M Br., Dezember 12¹/₂ M Br., 12¹/₂ M Gd., Dezember-Januar 12 M Br., 12¹/₂ M bez., April-Mai 12¹/₂ M bez.

Spiritus anfangs matt, schließt fester, loco ohne Faß 15¹/₂, 15¹/₂, 15¹/₂, 15¹/₂ M bez., Dezember u. Dezember-Januar 15¹/₂, 15¹/₂, 15¹/₂, 15¹/₂ M bez., Frühjahr 15¹/₂, 15¹/₂ M bez. u. Gd.

Angemeldet: 600 Wpl. Roggen.
Berlin, 6. Dezember. 1 Uhr 58 Min. Nachmittags. Staatsanleihe 84¹/₂ bez. Staats-Anleihe 4¹/₂ % 98¹/₂ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 129 bez. Stargard-Pommern Eisenbahn-Aktien 93¹/₂ Gd. Dessler. National-Anleihe 51¹/₂ bez. Pomm. Pfandbriefe 89¹/₂ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 175¹/₂ bez. Wien 2 Mt. 77¹/₂ bez. London 3 Mt. 6. 21¹/₂ bez. Paris 2 Mt. 80¹/₂ bez. Hamburg 2 Mt. 151¹/₂ bez. Mecklenb. Eisenbahn-Aktien 77¹/₂ bez. Russ. Prämien-Anleihe 93 bez. Russ. Banknoten 80¹/₂ bez. Amerikaner 6% 75¹/₂ bez.

Roggen Dezember 56, 55¹/₂ bez., Dezember-Januar 55¹/₂ bez., 55¹/₂ Gd. Frühjahr 53¹/₂ bez., 53¹/₂ Gd. Rübsöl loco 12¹/₂ Br., Dezember 12¹/₂ Br., 1¹/₂ Gd., Dezember-Januar 12¹/₂ bez., 1¹/₂ Br., April-Mai 12¹/₂ bez. Spiritus loco 16 bez., Dezember 15¹/₂, 15¹/₂ bez., Dezember-Januar 15¹/₂ Br., 1¹/₂ bez., April-Mai 16¹/₂ Br., 1¹/₂ bez.

Hamburg, 5. Dezember. Der Getreidemarkt war im Allgemeinen flau, Termingetriede 1 M niedriger. Weizen loco einiges Geschäft, pr. Dezember 5400 Pfd. netto 143 Banthaler Br., 142 Gd., pr. Frühjahr 137 Br., 136 Gd. Roggen pr. Dezember 5000 Pfd. Brutto 87 Br., 86 Gd. Erd matt, loco 26, pr. Mai 27¹/₂, 27. Kaffee fest, 1000 Sac Rio zu 4¹/₂, 5 verkauft. Zink fest, ohne Umsatz. — Regenwetter.